

Zerfällt unsere politische Kultur?

Die Zeit nach dem Bundestagswahlkampf bietet Gelegenheit, über den Zerfall der politischen Kultur zu klagen. Oratorische Ausfälle der Politiker, ihre alles andere als wahrhaftigen Reden, der Zynismus, mit dem Gutgläubigkeit und Vertrauen des Wahlvolks behandelt wurden, der offensichtliche Mangel an Wertekonsens, die Schnoddrigkeit, mit der über moralische Anliegen eines großen Teils der Bevölkerung gesprochen wurde, die in den Debatten zum Ausdruck gekommene Unsicherheit über das, was unsere Generation unter nationaler Identität versteht, verleitet zu dem je nach Temperament resignierten oder kämpferisch vorgetragenen Urteil, unsere politische Kultur zerfalle.

„Politische Kultur“ ist ein Ausdruck der Nachkriegszeit, aber die dahinter liegende Frage wurde von Aristoteles bis in die Gegenwart immer wieder gestellt¹. Man konnte sich niemals verhehlen, daß eine Staatsform nicht nur nach ihren objektiven Prinzipien – zum Beispiel dem Prinzip der Gewaltenteilung, dem Prinzip der Trennung von Kirche und Staat – beurteilt werden kann. Man wußte, daß es bei ihrer Bewertung auch auf ihre subjektiven Grundlagen ankommt, die sozial vermittelt werden und sehr wandelbar sind. Unter „politischer Kultur“ versteht man heute die Zusammenfassung der subjektiven Grundlagen, der rationalen, verstandesmäßigen Orientierungen, der Gefühle und Wertungen, aus denen Leitvorstellungen werden, mit denen sich ein politisch Handelnder oder Leidender im Hinblick auf die komplexen politischen Handlungszusammenhänge Orientierungen verschafft. Unter das Stichwort von der „politischen Kultur“ fallen Fragen des Grundwertekonsenses, der Moral, der nationalen Identität und auch des Stils der Politiker.

Wie ist es nun um unsere politische Kultur tatsächlich bestellt? Auf diese Frage wird jeder – je nach seiner politischen Einstellung – eine andere Antwort geben. Grundwertekonsens, Moral, nationale Identität und Stil des politischen Handelns gewinnen im Licht wechselnder Standpunkte andere Bedeutungen. Jemand spricht von Entwicklung, Stabilität oder Zerfall, je nachdem ob er Struktur- oder Wertkonservativer, Liberaler oder Sozialist ist. Um eine Krise der politischen Kultur handelt es sich wohl erst, wenn Klagen durch Indizien belegt werden können.

Zerfall des Grundwertekonsenses?

Der vorjährige Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, Wladyslaw Bartoszewski, zählte in seiner Dankesrede in der Paulskirche folgende – wie er meinte – für ganz Europa gültige Grundwerte auf: „Freiheit, Menschenwürde, Ehrfurcht vor dem Leben, die negative Einstellung gegenüber aller Form von Übermacht und Gewalt, die Solidarität mit den Verfolgten, die Sorge für die Schwachen und Wehrlosen, ein besonders ausgeprägter Schutz für Mutter und Kind.“² Ist das die Basis, auf der das moralische Leben von Ländern gründet, die immerhin zu einem Teil eine gemeinsame Geschichte gehabt haben? Nimmt die Aufzählung auf anstehende Veränderungen Rücksicht? Läßt sich gar „Zerfall“ dieses Grundwertekatalogs diagnostizieren?

In zwei Bereichen des Katalogs – darüber könnte man Einverständnis erzielen – ist ein Umbruch zu beobachten, werden bisher gültige Wertungen umgeschichtet, und in der Umschichtung wird noch sichtbar, wie Grundwerte Bestandteile der politischen Kultur sind.

1. Grundwert Leben

Wenn wir das letzte Jahr überblicken, ist bei vielen Menschen eine gefühlsmäßige Veränderung an folgenden Daten festzumachen: Challenger-Katastrophe, Reaktorunfall in Tschernobyl, Rheinverschmutzung, Gentechnologie, Grenzen von Gesundheitsvorsorge und Soziotechniken. In diesen Daten wird eine Bruchstelle sichtbar. Ein großer Teil der jetzt lebenden Generation hat das Empfinden, die Technik nicht mehr im Griff zu haben. Sie erfährt den Verlust der Kontrolle nicht nur bei einigen hochtechnologischen Leistungen wie bei der Raumfahrt oder bei der von Sicherheitsrisiken begleiteten Entwicklung der Kernenergie. Die Verschmutzung des Rheins ist ihr nur ein Beispiel von Beeinträchtigungen der Lebenswelt, die insgesamt der Industriegesellschaft angelastet werden müssen. Die negativen Erfahrungen schlagen gefühlsmäßig auf die Einschätzung neuerer, in ihren Konsequenzen noch nicht überschaubarer Technologien durch.

Die Reaktion auf diese Veränderungen ist nicht einheitlich. Selbst wenn alle von Ängsten reden, sie interpretieren das, was sie ängstigt, nicht in derselben Weise. Manche bleiben bei bisherigen Wertungen und daraus folgenden Leitvorstellungen: Sie appellieren an die Verantwortung der Forscher und Wissenschaftler und fordern alternative, umweltfreundliche Technologien, neue Soziotechniken (AIDS), die Privatsphäre und die Freiheit schützende Datenerfassung und -verarbeitung. Andere propagieren dagegen einen neuen Werthorizont, der sich um den Grundwert „Leben“ gruppiert. Bevor nicht das Leben gesichert ist, sagen sie, kann es keine Gemeinsamkeit des Zusammenlebens geben, die allen Menschen – insbesondere den Ärmsten unter ihnen – Platz gibt und sie an den gesellschaftlichen Prozessen partizipieren läßt. Nur wo Leben insgesamt respektiert wird, halten sie

eine Politik für möglich, die den Schutz der Natur und die Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen in ihr Handeln einbezieht. Nur wo der Grundwert Leben ungefragt anerkannt wird, gibt es nach ihrer Einschätzung eine soziale Ordnung, in der Krieg, jene mörderische Maschine des Todes, nicht mehr als noch rationale Möglichkeit (Politik mit anderen Mitteln) angesehen wird. Nur in Ehrfurcht vor dem Leben vermögen sie einen Bereich des Sozialen zu sehen, in dem auch die Ungeborenen noch teilhaben, eine Gesellschaft, in der ein konsequent durchgeführter Datenschutz dem einzelnen die Privatheit auch jenseits von in alles eindringenden Medien sichert, eine politische Kultur, die Opfer ebenso wie Täter umfaßt.

2. Grundwert Gerechtigkeit

Beim Rückblick auf das letzte Jahr wird ein zweiter Bereich von gefühlsmäßigen Veränderungen sichtbar: das Gipfeltreffen von Reykjavik, der Golf-Krieg, der ohne westliche Verwicklungen undenkbar wäre, ein anwachsender Terrorismus, der nur als Symptom einer vom Fieber großer Unordnungen geschüttelten, durch gewaltige Ungleichheiten beeinträchtigten Welt zu verstehen ist, Waffenexporte auch in Krisengebiete usw.

Auch hier wird eine Bruchstelle sichtbar. Unsere Generation ist sich unsicher geworden, wer denn der für die Erreichung ihres Glücks signifikante andere ist. Für die Nachkriegsgeneration war dieser andere der Bewohner der westlichen Welt mit seinen politischen Zielen und Idealen. Er war Voraussetzung nicht nur für eine demokratische Neuordnung, sondern auch – die vielen Amerikanismen in allen europäischen Ländern beweisen es – der Maßstab für die eigene Lebensverwirklichung. Jetzt drängt die Welt – nicht nur die immer wieder zitierte Dritte Welt, sondern auch die offenbar in eine Aufbruchstimmung versetzte Zweite Welt – in unsere Vorstellung von Selbstverwirklichung und Humanisierung hinein. Asylanten und der ehemalige, für die eigene Selbstbestimmung so wichtige „Feind“ stellen sich als der andere vor, ohne den die eigene Identität nicht mehr begründet werden kann.

Das beunruhigte Bürgertum vergewissert sich angesichts gesellschaftlicher Umbrüche zuerst der Waffen, die es in der Neuzeit geschmiedet hat. Es stellt als erstes die Verantwortung, die Pflicht des einzelnen in den Mittelpunkt, appelliert an das Gewissen oder insistiert auf bekannten, angeblich hundertfach bewährten Strukturen³. Die Frage bleibt jedoch, ob damit der andere, der unabweisbar in den Gesichtskreis getreten ist, in die Lebensvollzüge hineingenommen wird. Dieser andere lebt heute jenseits der alten Welt, jenseits der atomistischen bürgerlichen Gesellschaft, jenseits der eigenen Rasse und des eigenen Geschlechts. Mit ihm verbinden sich jeweils die Attribute einer fremden Welt. Seinetwillen ist eine neue Bestimmung des Grundwerts Gerechtigkeit notwendig.

Zerfällt unsere politische Kultur? Sicher gibt es Zerfall, aber – was die Grund-

werte Leben und Gerechtigkeit angeht – auch eine Entdeckung. Grundwerte erschöpfen sich offenbar nie in nur einer sozialen Verwirklichungsform.

Politik und Moral

Eine Schicht tiefer liegt das Verhältnis von Moral und Politik – ein anderer Aspekt der „politischen Kultur“. Vom Zerfall bedroht ist die Stimmigkeit dieses Verhältnisses auf beiden Seiten des Spektrums der Demokratie. Die politische Rechte ist der Ansicht, in den Institutionen fände sich eine zuverlässige Klammer für die Grundwerte, ja in ihnen habe sich die Moral in einem hohen Maß investiert. Sie übersieht, daß Institutionen trotz ihres ideellen Gehalts auch immer Produkte von Macht und Interessenkämpfen, oft eher zufällige Produkte des Selbstorganisationswillens der Bürger, Ausprägungen verselbständigter Rationalität und Verwaltung sind. Wie sollten sie in ihrer Ganzheit die Moral reflektieren?⁴

Es ist nicht zu übersehen, daß bei der Darstellung der Moral auch die offizielle katholische Kirche von einem nicht leicht zu erschütternden Vertrauen in Institutionen beseelt ist. Doch wird bei ihr sehr deutlich auch die Grenze sichtbar, bis wohin solches Vertrauen gerechtfertigt ist. Wenn Bischofskonferenz und Laiengremien ein Anliegen an eine der zentralen Institutionen, den Staat haben – zum Beispiel den Schutz des ungeborenen Lebens bzw. bestimmte Themen der Sexualmoral –, dann mißtrauen sie dessen Organen letztlich doch, ob sie ihr Anliegen auch hinreichend vertreten. Ist das lediglich ein Überbleibsel aus einer Zeit, in der eine katholische Minderheit von der politischen Gestaltung der Gesellschaft ausgeschlossen blieb? Oder erblicken Katholiken hier eine andere fundamentale Notwendigkeit, nämlich die, daß eine Moral immer wieder neu an die Institutionen – auch an Gesellschaft und Staat – herangetragen werden muß, sollen diese nicht zu moralfreien Instrumenten der Reglementierung der sozialen Existenz verkümmern?

Die politische Linke gibt der subjektiven Moral den Institutionen gegenüber immer den Vorrang. Die Organisationsformen und politischen Institutionen haben für sie keine oder allenfalls vorübergehende sittliche Bedeutung. Der Staat vermag zwar für sie zu einer „Erhaltungs- und Notordnung zwischen Sündenfall und Endgericht“ zu werden, innerhalb deren der Bürger sich zwischen Anpassung, Verweigerung, Protest bewegt; aber im politischen Prozeß hat der Grundwertewillen, die moralische Bewegung die größere Bedeutung. Der Politik fehlt daraufhin eine eigenständige Wirklichkeit jenseits der Moral. Jede politische Option ist gleichzeitig eine moralische Entscheidung.

Zerfällt die politische Kultur? Es steht fest, daß nicht allein die Institutionen und die von ihr ableitbaren sozialen Aspekte der Gleichheit, Rechtssicherheit und Organisation die politische Kultur ausmachen. Unverzichtbarer Teil ist immer

auch der moralische Wille und das Bemühen um die Wahrheit. Von Zerfall wäre zu sprechen, wenn die Moral generell entweder mit den Institutionen identifiziert oder gegen die Institutionen ausgespielt würde. Die Moralisierung der Politik wie die Politisierung der Moral stellten eine Hypothek für die Aufgabe dar, in deren Dienst sie beide stehen, die Humanisierung des Menschen. Doch in aller Fairneß ist zu sagen: Mit der Vermischung von Politik und Moral ist die Sorge um die Moral verbunden. Sie steht sogar so sehr im Vordergrund, daß alle anderen Fragen ihr gegenüber unbedeutend erscheinen⁵. Die Kirche hat darum keinen Grund, diese Entwicklung nur zu beklagen. Denn die Kirche erschöpft sich nicht in der Repräsentanz eines religiösen Bedürfnisses. Sie versteht sich immer auch als „Ort einer absoluten, den Staat überbietenden Öffentlichkeit unter dem legitimierenden Anspruch Gottes“. Dem Verfall kann sie – wenn die Richtung stimmt – entgegen-treten.

Identitätsfindung aus einer gebrochenen Vergangenheit?

Mit dem Thema Zerfall der politischen Kultur ist auch die gegenwärtig heiß diskutierte Frage nach der nationalen Identität verbunden. Getreu dem Motto: „Die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet“, hat sich eine einflußreiche politische Gruppierung mit Unterstützung von Historikern und einer ihr nahestehenden Presse daran gemacht, die nationale Identität neu zu beschreiben, wenn möglich neu zu definieren. Auch die die Regierung tragenden Parteien forschen „in der Wirklichkeit des geteilten Deutschland“ nach einer Identität der Deutschen, die zwar nicht mehr im Nationalstaat zu begründen ist, „ohne Nation aber auch nicht“ (M. Stürmer). Dem Ziel sollen spektakuläre historische Gesten – Verdun, Bitburg – und kostspielige Museumsprojekte dienen.

Eindeutig ist, daß dabei Elemente des Nachkriegskonsenses, der die Bundesrepublik bisher Grenzen und Rücksichten zum Beispiel im Rüstungsgeschäft, in der Interpretation des Asylrechts, in der Verantwortung für den Staat Israel auferlegte, Stück um Stück abgeschliffen und enttabuisiert werden. Bei der Identitätssuche kommen feststehende Parameter ins Rutschen. Die Naziverbrechen verlieren ihre Singularität. Die Wurzeln der Ost-West-Spannung werden jenseits des Ersten Weltkrieges ausgemacht. Aus der Identitätssuche ist ein Historikerstreit entstanden, innerhalb dessen eine andere Gruppe der politischen und weltanschaulichen Opposition die Ansicht vertritt, die Deutschen hätten nach Auschwitz keine andere Wahl, als ihr nationales Selbstbewußtsein allein aus den besseren Traditionen ihrer nicht unbesehen, jedoch kritisch durchforschten Geschichte zu bestimmen⁶. Die Scheußlichkeiten des Zweiten Weltkriegs und Auschwitz müßten noch für lange die Gefühle bestimmen, aus denen sich die Leitvorstellungen gewinnen

lassen, die zur politischen Orientierung dienen. Der Kampf gegen den Totalitarismus, das Ringen um die Demokratie, um eine zeitgemäße Pädagogik etc. müßten weiterhin auf dieser Folie konzipiert werden.

Zerfällt unsere politische Kultur? Zunächst einmal ist es ein gutes Zeichen, daß sich eine Nation um eine eigene Identität streitet. Dahinter verbirgt sich eine durch die Not erworbene, äußerst nützliche moralische Sensibilität gegenüber der eigenen Geschichte. Es müßte aber in die Suche nach Identität die Sorge für die Überlebensfragen hineingenommen werden. Identität bestimmt sich nicht allein aus der Vergangenheit, sie ist immer auch die Vorwegnahme einer ausständigen Zukunft.

Niedergang des politischen Stils?

Eine Zeit nach einem Wahlkampf ist mit Recht eine Zeit kritischer Rückfrage auch an den herrschenden politischen Stil. Was die politische Kultur ausmacht, spiegelt sich nicht zuletzt gerade darin.

Wie bisher noch immer, ergibt auch jetzt der Rückblick, daß Politiker nicht die Wahrheit sagten über Renten, Arbeitslosenzahlen, Wirtschaftsentwicklung. Sie maßten sich selbst an, zu bestimmen, wie Schaden begrenzt, Sicherheit garantiert, Privatsphäre geschützt werden kann. Es wird beklagt, daß eine Regierung angesichts einer drohenden AIDS-Epidemie keinen anderen Weg sieht, als mit technischen Anweisungen aufzuwarten. Selbst wenn man zugäbe – was leider nicht immer geschieht –, daß der Staat eine Aufgabe zum Schutz von Leben und Gesundheit auch für jene hat, die nicht daran denken, die herrschenden Moralauffassungen zu praktizieren, offenbare sich hier ein Mangel an Sensibilität und Kultur. Es wird beklagt, daß in den Medien Politiker in unvornehmer Form übereinander herfallen, daß ebendort Journalisten parteiisch oder moralistisch oder total kritisch argumentieren und damit das in einer Demokratie unverzichtbare Maß an Fairneß vermissen lassen. Nicht alles lasse sich mit engagiertem Journalismus oder einem an Emotionen appellierenden politischen Stil entschuldigen. Am meisten ärgert der zynische, arrogante Umgang mit der Macht.

In früheren Jahren haben Parteien sich vor einem Wahlkampf zu Absprachen über den politischen Stil bereitgefunden. Was ist der Grund, daß man das nun nicht mehr tut? Ist bereits eine Gemeinsamkeit gesichert oder aber erwartet man erst gar nicht mehr, daß ein Verhaltenskodex honoriert werden könnte? Das Hauptproblem besteht sicher darin, daß die Parteien einen zu großen Einfluß in allen Bereichen des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens beanspruchen und eine Instanz der Kritik außer ihnen selbst nicht mehr anerkennen. Ganz selbstverständlich nehmen sie für sich in Anspruch, die Wahrheit gefiltert oder ausgesondert an die Wählerschaft weiterzugeben. In souveräner Manier legen sie die Ausnahmen

selbst fest, und ebenso bestimmen sie selbst, was noch als tragbarer politischer Stil gelten kann. Nicht einmal Gerichte schaffen es, gegen die von Parteien betriebene Meinungsbildung die Praxis der Steuerhinterziehung durch die Parteien als illegal zu brandmarken.

Wenn schlechter politischer Stil kritisiert wird, dann darf man allerdings nicht bei den Parteien oder den Politikern stehenbleiben. Die politische Kultur hat ihre Ressourcen letztlich bei den Wählern, bei uns allen. Auch da zerfällt sie. Dort kann sie aber auch wieder hergestellt werden.

ANMERKUNGEN

¹ Vgl. Stichworte zur geistigen Situation der Zeit, hrsg. v. J. Habermas, 2 Bde. (Frankfurt 1979); M. u. S. Greiffenhagen, Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschlands (München 1979).

² In: FAZ, 6. 10. 1986.

³ Vgl. M. Stürmer, Was Geschichte wiegt, in: FAZ, 26. 11. 1986; ders., Geschichte im geschichtslosen Land, ebd. 25. 4. 1986.

⁴ Die Vermischung von (in diesem Fall rechtlichen) Institutionen und Moral liegt auch hinter einem Ausspruch wie: „Wer gegen Kronzeugenregelung ist, ist Sympathisant/Mitwirkender beim Terrorismus“ (H. Geißler).

⁵ Akzente der Moral rufen – auf lange Sicht – auch wiederum politische Institutionen ins Leben, z. B. Bürgerinitiativen.

⁶ J. Habermas, Die Entsorgung der Vergangenheit, in: Die Zeit, 17. 5. 1986; ders., Vom öffentlichen Gebrauch der Historie, ebd. 7. 11. 1986.